INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	XIV
ÜBERSICHTS- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS	XVIII
TABELLENVERZEICHNIS	XIX
1. Kapitel: Einleitung	1
I. Problemstellung	1
II. Abgrenzung des Themas in sachlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht	4
III. Problematik der Datenbasis	7
IV. Aufbau der Untersuchung	10
2. Kapitel: Aufgaben, Träger und Finanzierung der Armenpflege in der Periode von 1871 bis 1914	11
I. Die armenrechtliche Situation nach der Reichsgründung	11
A. Die Regelung der gesetzgeberischen Zuständigkeit in der Reichsverfassung	11
B. Die Prinzipien der Unterstützungsgewährung	11
1. Das Unterstützungswohnsitzprinzip	11
2. Das Heimatrecht in Bayern	13
3. Die fakultative Gemeindefürsorge in Elsaß-Lothringen	15
II. Die Entwicklung in Preußen auf der Grundlage des Unter- stützungswohnsitzprinzips	19
A. Der Verwaltungsaufbau	19
B. Die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen den Trägern der Armenpflege	21
1. Gemeinden und Gutsbezirke	21

II

a. Die gesetzlichen Bestimmungen	21
b. Städtische und ländliche Ortsarmenverbände	22
(1) Aufgabenverständnis und Leistungsfähigkeit zur Aufgabenwahrnehmung	22
(2) Statistische Ergebnisse	29
(3) Bemühungen zur Entlastung der ländlichen Armenpflege	32
(a) Versuch der Lastenabwälzung auf die Städte im Rahmen zweier Gesetzesnovellen	32
(b) Gemeinschaftliche Erfüllung armenpflegerischer Aufgaben	35
(c) Zusammenfassende Beurteilung der Maßnahmen	37
2. Provinzen und Kreise	38
a. Die angestrebte Funktion der Landarmenverbände als Lastenausgleichsfaktor in der Armenhilfe	38
b. Die Ausgestaltung dieser Funktion in der armenfürsorgerischen Praxis	38
(1) Die Betätigung auf dem Gebiet der Armenpflege im engeren Sinne	38
(2) Die Aktivitäten auf zwei Grenzgebieten des Armenwesens	42
(a) Die Wandererfürsorge	42
(b) Die Fürsorgeerziehung	44
c. Kritische Würdigung der Wahrnehmung der Lastenausgleichsfunktion durch die Provinzen und Kreise	46
C. Die Finanzierungsquellen der Leistungsträger	46
1. Gemeinden und Gutsbezirke	46
a. Überblick über die Einnahmequellen	46

III

b. Verwaltungszweiggebundene Einnahmen	48
(1) Erstattungen und Stiftungserträge	48
(2) Zuschüsse der Gemeindeverbände	50
c. Steuereinnahmen	51
(1) Das Gemeindesteuerswesen vor der Reform von 1891/93	51
(a) Stadtgemeinden	51
(b) Landgemeinden und Gutsbezirke	53
(2) Die Miquelsche Steuerreform	54
2. Provinzen und Kreise	57
a. Verwaltungszweiggebundene Einnahmen	57
b. Steuereinnahmen	57
c. Dotationen	58
(1) Begriffsbestimmung	58
(2) Ansätze zur Berücksichtigung von Armenlasten in den Entwicklungsphasen des Dotationsprinzips	59
(a) Die Gesetze der Jahre 1873/75	59
(b) Die Entwürfe der "Verwendungsgesetze" 1880/82	61
(c) Die "lex Huene" 1885/95	62
(d) Das Dotationsgesetz aus dem Jahre 1902	64
3. Ergebnis der Betrachtungen	67
III. Die Entwicklung in Bayern auf der Grundlage des Heimatrechts	68
A. Der Verwaltungsaufbau	68
B. Die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen den Trägern der Armenpflege	71

1. Die gesetzlichen Bestimmungen	71
2. Stadt- und Landgemeinden als Aufgabenträger	73
a. Aufgabenverständnis und Leistungsfähigkeit zur Aufgabenwahrnehmung	73
b. Bestrebungen zur Entlastung der ländlichen Armenpflege	76
3. Die Lastenausgleichsfunktion der Distrikte und Kreise	79
a. Obligatorische und fakultative Leistungen	79
b. Beurteilung der Entlastungseffekte	85
C. Die Finanzierungsquellen der Leistungsträger	86
1. Die Lokalarmpflege	86
a. Verwaltungszweiggebundene Einnahmen	86
(1) Renten der Lokalarmpflege	86
(2) Vermögenserträge der örtlichen Wohltätigkeitsstiftungen und -anstalten	87
(3) Strafgebuhen und Vergnügungsabgaben	88
(4) Zuschüsse aus öffentlichen Kassen	89
(5) Ersatzleistungen	89
b. Gemeindegewinne zur Deckung von Defiziten der Armenkassen	90
(1) Steuereinnahmen der Gemeinden	90
(2) Entwicklung der Gemeindegewinne zur Defizitdeckung	93
(a) Anteil an den Aufwendungen der örtlichen Armenkassen	93
(b) Zahl der zuschußleistenden Gemeinden	93
(c) Höhe der Zuschüsse	93
(d) Verhältnis der gemeindlichen Zuschüsse zum Staatssteuersoll	94

2. Distrikte	95
a. Verwaltungszweiggebundene Einnahmen	95
b. Umlagen	96
3. Kreise	97
a. Zuschüsse des Staates	97
b. Umlagen	98
4. Ergebnis der Betrachtungen	98
D. Die weitere Entwicklung: Übernahme des Unterstützungswohnsitzprinzips durch das Armengesetz von 1914	100
1. Gemeinschaftliche Aufgabenerfüllung durch Gesamtarmenverbände	100
2. Die Aufgaben der Landarmenverbände unter Lastenausgleichsaspekten	102
3. Die Rolle der Distrikte	103
4. Die finanzielle Beteiligung des Staates	104
5. Kritische Würdigung der Reform	105
IV. Die Entlastung der Armenpflege durch die Versicherungsgesetzgebung und ihre Belastung durch die fehlende Absicherung des Risikos "Arbeitslosigkeit"	107
A. Motive für die Schaffung einer Arbeiterversicherung	107
B. Überprüfung der Wirksamkeit der Versicherung als Entlastungsfaktor	111
1. Probleme der Beurteilung	111
2. Entlastende Effekte der einzelnen Versicherungszweige	112
a. Die Krankenversicherung	112
b. Die Rentenversicherung	119
c. Die Unfallversicherung	132

3.	Zusammenfassende Beurteilung der Beziehungen zwischen Armenpflege und Versicherung	135
C.	Die Belastung der Armenhilfe durch die Unterstützung im Falle von Arbeitslosigkeit	138
1.	Das Ausmaß des Problems	138
2.	Initiativen auf kommunaler Ebene	139
a.	Der Arbeitsnachweis	139
b.	Arbeitsbeschaffung durch Notstandsarbeiten	142
c.	Versuche zur Schaffung einer Arbeitslosenversicherung	144
3. Kapitel:	Aufgaben, Träger und Finanzierung der Unterstützung Hilfsbedürftiger im Ersten Weltkrieg	147
I.	Die reichsgesetzlichen Bestimmungen	147
II.	Die Differenzierung der Kriegswohlfahrtspflege von der Armenpflege	147
A.	Das Aufgabenverständnis	147
B.	Aufgabenträger und Aufgabendurchführung	150
C.	Die Finanzierungsträger	153
III.	Rückwirkungen auf die Reformbestrebungen im Armenwesen	158
4. Kapitel:	Aufgaben, Träger und Finanzierung der Fürsorge in der Periode von 1919 bis 1933	162
I.	Die wesentlichen Entwicklungen auf der Reichsebene	162
A.	Die Übergangsphase bis zur Neuordnung des Fürsorgerechts im Jahre 1924	162
1.	Die Regelung der gesetzgeberischen Zuständigkeit in der Weimarer Verfassung	162

VII

2. Sondergesetze für die einzelnen Gruppen der Hilfsbedürftigen	163
a. Charakterisierung der Fürsorgegruppen	163
b. Die Finanzierung der Fürsorgeleistungen	167
B. Die neuen Rechtsgrundlagen der Fürsorge	170
1. Die Dritte Steuernotverordnung als Basis der Neuordnung von Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Reich und Ländern	170
2. Die reichsrechtlichen Rahmenvorschriften	173
a. Das formelle Recht	173
b. Das materielle Recht	174
C. Das Verhältnis zur Sozialversicherung unter Entlastungsaspekten	179
1. Das Leistungsangebot der bestehenden Versicherungszweige	179
2. Die Wirksamkeit der Arbeitslosenversicherung	186
a. Die Etappen auf dem Weg zur Versicherungslösung	186
b. Die Entwicklungsphasen des Gesetzes aus dem Blickwinkel der kommunalen Fürsorge	191
II. Die Entwicklung in Preußen	208
A. Änderungen im Verwaltungsaufbau	208
B. Die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen den Trägern der Fürsorge	211
1. Stadt- und Landkreise als Bezirksfürsorgeverbände	211
2. Das fürsorgerechtliche Verhältnis zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden	212
a. Die Delegationsbefugnis des Landkreises	212

VIII

b. Der Lastenausgleich innerhalb des Landkreises	215
(1) Die Regelung in der Ausführungsverordnung von 1924	215
(2) Die wesentlichen Neuerungen durch die Verordnungen der Jahre 1925 und 1932	216
c. Zusammenfassende Beurteilung der Regelungen	219
3. Das Aufgabenverständnis in städtischen und ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden	220
4. Die Provinzen als Landesfürsorgeverbände	233
a. Die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich des Aufgabenbereichs	233
b. Die Wahrnehmung der Lastenausgleichsfunktion in der Praxis	235
(1) Obligatorische Aufgaben	235
(2) Fakultative Leistungen - dargestellt am Beispiel des Landesfürsorgeverbandes Rheinprovinz	240
5. Das Verhältnis zwischen Bezirks- und Landesfürsorgeverbänden	247
C. Die Fürsorgelasten in den Rechnungsjahren 1927 bis 1932: empirische Ergebnisse und Analyse der Einflußfaktoren	252
1. Der Fürsorgeaufwand der Bezirksfürsorgeverbände	252
a. Gesamtüberblick	252
b. Differenzierende Betrachtungen nach Regionen und Formen der Unterstützung	254
2. Der Fürsorgeaufwand der Landesfürsorgeverbände	279
a. Gesamtüberblick	279
b. Differenzierende Betrachtungen am Beispiel des Landesfürsorgeverbandes Rheinprovinz	279

3. Die Gesamtausgaben der Fürsorgeverbände	282
a. Die Bezirksfürsorgeverbände	282
b. Die Landesfürsorgeverbände	283
(1) Gesamtüberblick	283
(2) Differenzierende Betrachtungen am Beispiel des Landesfürsorgeverbandes Rheinprovinz	284
D. Die Finanzierungsquellen der Leistungsträger in den Rechnungsjahren 1927 bis 1932	285
1. Die Speziellen Deckungsmittel	285
a. Die Bezirksfürsorgeverbände	285
b. Die Landesfürsorgeverbände	290
(1) Gesamtüberblick	290
(2) Das Beispiel des Landesfürsorgeverbandes Rheinprovinz	290
2. Der Ausgleich des Zuschußbedarfs durch die Allgemeinen Deckungsmittel	291
a. Begriffsbestimmungen	291
b. Die Entwicklung des Zuschußbedarfs der Fürsorgeverbände	291
c. Die Bedeutung der Steuereinnahmen und Dotationen im Rahmen der Allgemeinen Deckungsmittel der Aufgabenträger	292
(1) Die grundlegende Neuordnung des kommunalen Finanzsystems	292
(2) Die Gemeinden und Landkreise	295
(3) Die Provinzen	304
(a) Gesamtüberblick	304
(b) Das Beispiel der Rheinprovinz	308

3. Analyse der Finanzausstattung unter dem Aspekt der Berücksichtigung von Fürsorgelasten	310
a. Akzeptanz der Notwendigkeit eines Lastenausgleichs	310
b. Formen und Probleme	311
c. Mittelbare Berücksichtigung der Fürsorgeausgabenbelastung im Rahmen des allgemeinen Lastenausgleichs	312
(1) Der Einkommensteuerlastenausgleich	312
(2) Der Umsatzsteuerlastenausgleich	317
(3) Der Hauszinssteuerlastenausgleich	320
(a) Charakterisierung der Steuer	320
(b) Lastenausgleichselemente	324
d. Überlegungen und Ansätze zu einem speziellen Fürsorgelastenausgleich	326
(1) Die Schwierigkeiten bei der Ermittlung eines geeigneten Bedarfsmaßstabes	326
(2) Die Fondslösung im Rahmen der Hauszinssteuer	327
e. Hilfen zur Erleichterung der Fürsorgelasten in den Krisenjahren	328
(1) Maßnahmen auf der Reichsebene	328
(a) Die Erschließung neuer Steuereinnahmen für die Gemeinden	328
(b) Die Gewährung von Reichswohlfahrtshilfen	332
(2) Maßnahmen auf der Landesebene	341
4. Ergebnis der Betrachtungen	346

III. Die Entwicklung in Bayern	348
A. Änderungen im Verwaltungsaufbau	348
B. Die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen den Trägern der Fürsorge	352
1. Die Dreiteilung der Trägerschaft auf der Ebene der Bezirksfürsorgeverbände	352
2. Der Lastenausgleich zwischen dem Bezirk und den bezirksangehörigen Gemeinden	354
3. Das Aufgabenverständnis und die Aufgabendurchführung in städtischen und ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden	355
4. Die Landesfürsorgeverbände	363
a. Die Kreise	363
b. Der Staat	366
5. Das Verhältnis zwischen Bezirks- und Landesfürsorgeverbänden	368
C. Die Fürsorgelasten in den Rechnungsjahren 1927 bis 1932: empirische Ergebnisse und Analyse der Einflußfaktoren	369
1. Der Fürsorgeaufwand der Bezirksfürsorgeverbände	369
a. Gesamtüberblick	369
b. Differenzierende Betrachtungen nach Regionen und Formen der Unterstützung	372
2. Der Fürsorgeaufwand der Landesfürsorgeverbände	384
a. Gesamtüberblick	384
b. Differenzierende Betrachtungen am Beispiel des Landesfürsorgeverbandes Oberbayern	385

3. Die Gesamtausgaben der Fürsorgeverbände	387
a. Die Bezirksfürsorgeverbände	387
b. Die Landesfürsorgeverbände	389
(1) Die Kreise	389
(a) Gesamtüberblick	389
(b) Differenzierende Betrachtungen am Beispiel des Landesfürsorgeverbandes Oberbayern	390
(2) Der Staat	391
D. Die Finanzierungsquellen der Leistungsträger in den Rechnungsjahren 1927 bis 1932	392
1. Die Speziellen Deckungsmittel	392
a. Die Bezirksfürsorgeverbände	392
b. Die Landesfürsorgeverbände	397
(1) Gesamtüberblick	397
(2) Das Beispiel des Landesfürsorgeverbandes Oberbayern	398
2. Der Ausgleich des Zuschußbedarfs durch die Allgemeinen Deckungsmittel	399
a. Die Entwicklung des Zuschußbedarfs der Fürsorgeverbände	399
b. Die Bedeutung der Steuereinnahmen im Rahmen der Allgemeinen Deckungsmittel der Aufgaben- träger	401
(1) Die Gemeinden und Bezirke	401
(2) Die Kreise	410
(a) Gesamtüberblick	410
(b) Das Beispiel des Kreises Oberbayern	412

3. Analyse der Finanzausstattung unter dem Aspekt der Berücksichtigung von Fürsorgelasten	412
a. Die Haltung gegenüber Lastenausgleichsbestrebungen	412
b. Mittelbare Berücksichtigung der Fürsorgeausgabenbelastung im Rahmen des Einkommensteuerlastenausgleichs	413
c. Unmittelbare Berücksichtigung der Fürsorgeausgabenbelastung über Fondszuweisungen	415
d. Hilfen zur Erleichterung der Fürsorgelasten in den Krisenjahren	419
(1) Maßnahmen auf der Reichsebene	419
(2) Maßnahmen auf der Landesebene	422
4. Ergebnis der Betrachtungen	426
5. Kapitel: Schlußbetrachtungen	428
I. Die wesentlichen Entwicklungen unter Finanzierungsaspekten zwischen 1933 und 1939	428
II. Das Ergebnis der Untersuchung	435
III. Zukunftsperspektiven der Sozialhilfe im Europäischen Binnenmarkt	444
Tabellarischer Anhang	447
Literaturverzeichnis	528
Parlamentsprotokolle / Anlagen / Drucksachen	617
Gesetze / Verordnungen / Erlasse	621
Statistisches Material	629